
8332/AB XXIV. GP

Eingelangt am 04.07.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Wirtschaft, Familie und Jugend

Anfragebeantwortung

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER

Parlament
1017 Wien

Wien, am 1. Juli 2011

Geschäftszahl:
BMWfJ-10.101/0170-IK/1a/2011

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 8430/J betreffend „den Förderschwerpunkt Kinderfreundliches Österreich“, welche die Abgeordneten Carmen Gartelgruber, Kolleginnen und Kollegen am 4. Mai 2011 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 4 der Anfrage:

Seit 1. Jänner 2010 wurden hinsichtlich des Förderschwerpunkts "Kinderfreundliches Österreich" 12 Projekte eingereicht. Diese beinhalten unter anderem die Evaluierung von Qualitätsstandards diverser Kinderbetreuungseinrichtungen, Nachbarschaftsprojekte, Ferienprojekte mit kreativem bzw. sportlichem Schwerpunkt, Lernhilfe für Migrantenkinder, kulturelle Veranstaltungen und Weiterbildung im Bereich Pränataldiagnostik.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

Zwei Projekte, eines zum Thema Qualitätsstandards in Kinderbetreuungseinrichtungen und eines zum Thema Stadtteilarbeit für ein kinderfreundliches Lebensumfeld, wurden bislang im Rahmen dieses Förderschwerpunkts mit Mitteln in Höhe von insgesamt € 55.000 unterstützt.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Für den gesamten Bereich der familienpolitisch relevanten Projekte stehen im Jahr 2011 finanzielle Mittel im Gesamtausmaß von € 250.000 zur Verfügung.

Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:

Dies kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Antwort zu den Punkten 7 bis 10 der Anfrage:

Eine Evaluierung der geförderten Projekte wird nach Abschluss aller dieser Projekte stattfinden.

Antwort zu Punkt 11 der Anfrage:

Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend arbeitet laufend an der Verbesserung der Situation von Familien und Kindern in Österreich. Spezifische Initiativen bzw. Förderungen bis zum Ende der Legislaturperiode können derzeit noch nicht näher konkretisiert werden.